Rheinsberger Zeitung

Amtliches Veröffentlichungsblatt der Stadt Rheinsberg

Bezugs-Preis
in unserer Geschäftsstelle sowie bei den Abholestellen und beim Bezuge durch die Post 0,90 Mark. Durch den Briefträger oder durch Boten frei ins Haus gebracht 1,00 Mark.

Für die Schriftleitung verantwortlich Carl Thurmann

Druck und Verlag C. Thurmanns Buchdruckerei, Rheinsberg.

Anzeigen
für dieses Dienstag, Donnerstag und Sonnabend erscheinende Blatt werden mit 0,20 Mark für die 6-gespaltene Petitzeile oder deren Raum berechnet und bis vormittags 10 Uhr vor jedem Erscheinungstage erbeten.

Nr. 69 | Fernsprecher | Dienstag, den 13. Juni 1933. | Nummer 37 | 39. Jahrgang

Weltwirtschaftskonferenz

Im Geologischen Museum zu London tritt am heutigen Montag die große Weltwirtschaftskonferenz zusammen. An der Eröffnungssitzung werden mehrere Hundert Minister, Diplomaten und Sachverständige teilnehmen. Die deutsche Abordnung besteht aus den sieben Hauptvertretern Reichsaußenminister Freiherr von Neurath als Führer der Delegation, den Reichsministern Graf Schwerin von Krosigk und Hugenberg, ferner Reichsbankpräsident Dr. Schacht, dem Hamburger Bürgermeister Krogmann, dem Reichstagsabgeordneten Ingenieur Keppler und dem deutschen Botschafter in London, Herrn von Hoesch, sowie einer Reihe von Fachreferenten. Insgesamt wird die deutsche Delegation etwa 15 Mitglieder umfassen.

Die Weltwirtschaftskonferenz, die ursprünglich für einen früheren Termin in Aussicht genommen war, verdankt ihr Zustehen der Lausanner Konferenz des vorigen Jahres. Bereits damals wurde ein Sachverständigenausschuß eingesetzt, der im November und Dezember vorigen Jahres und im März dieses Jahres tagte und für die Weltwirtschaftskonferenz die ungefähre Tagesordnung ausarbeitete, die allerdings bereits in den Entschließungen von Lausanne in den Grundrissen festgelegt war. Die einzelnen Probleme, die in London nunmehr zur Sprache kommen werden, sind nach finanzpolitischen und wirtschaftlichen Gesichtspunkten geschieden. Die finanziellen Gesichtspunkte betreffen einmal die Geld- und Kreditpolitik, die Preisfrage und das Problem der Wiedereinsetzung der Kapitalbewegung, während sich die wirtschaftlichen Probleme auf die Frage der Beschränkung des internationalen Handels, der Zoll- und Handelspolitik und der Organisation der Produktion und des Warenaustausches erstrecken. Es ist damit zu rechnen, daß wahrscheinlich schon im Hinblick auf die Bedeutung der einzelnen Problemgruppen in London sehr bald gewisse Schwierigkeiten auftreten werden, da einzelne Länder mehr an den wirtschaftlichen Fragen interessiert sind, während andere wiederum die Finanzgebiete bevorzugt wissen wollen. Da andererseits auf dieser Konferenz, auf der 66 Staaten vertreten sein werden, die zum Teil reine Agrarstaaten, zum Teil reine Industriestaaten oder gemischtwirtschaftliche Staaten sind, so werden sich auch daraus schon Probleme ergeben, deren Bereinigung nicht ganz einfach sein wird.

Schon in Anbetracht all dieser Schwierigkeiten läßt es sich auch noch keineswegs überblicken, ob die Weltwirtschaftskonferenz ähnlich wie die Weltwirtschaftskonferenz von 1927, im Gegensatz zu der bevorstehenden Regierungskonferenz die reine Sachverständigenkonferenz war, nur mit Empfehlungen endet. Die Tatsache, daß erst einmal die nationalen Wirtschaften in Ordnung gebracht werden müssen, ehe es zu einer generellen Lösung kommen kann, wird nun jetzt noch klarer erkannt, als es früher der Fall war. Die Erkenntnis, daß die nationalen Märkte erst einmal in Ordnung gebracht werden müssen, ehe es zu einer Verbindung der nationalen Märkte untereinander kommen kann, dürfte daher auch in London zweifellos eine Stärkung erfahren.

In Bezug auf das Problem der Handelspolitik wird sicherlich auch die Frage der Meistbegünstigung eine Rolle spielen. Auch hier ist schon jetzt eine gewisse Gegensätzlichkeit in den Auffassungen festzustellen. Im Prinzip dürfte die Meistbegünstigung durch die Entwicklung stark in den Hintergrund getreten sein, was schon daraus hervorgeht, daß man im Laufe der Zeit das Meistbegünstigungssystem durch den Abschluß von Kompensationsverträgen durchbrochen hat.

In der letzten Frage der Tagesordnung, dem Problem der Organisation der Produktion und des Warenaustausches, insbesondere die Frage von großem Interesse, die sich auf Getreidebau treibenden Staaten bezieht. Die überseeischen Getreidebau treibenden Staaten wie Kanada, Argentinien und Brasilien haben ja bereits über die Frage einer Einschränkung der Anbauflächen Verhandlungen geführt und sind übereingekommen, entsprechende Vorschläge in London zu unterbreiten, wobei sie verlangen, daß ihnen ein Teil der vorhandenen Stocks und ein Teil der neuen Ernte abgenommen wird.

Die Fülle der vorhandenen Probleme wird somit die Londoner Verhandlungen keineswegs erleichtern. Trotzdem muß man sich aber, wie das auch aus dem Sachverständigenbericht schon hervorgeht, bewußt sein, daß die Politik der kleinen Mittel nichts mehr nützt. Daß es der Londoner Konferenz gelingt ein generelles Abkommen zu finden, ist unwahrscheinlich. Man kann deshalb hoffen, daß wenigstens in den größeren Teilfragen klare Lösungen herbeigeführt werden. Die deutsche Delegation wird jedenfalls nach jeder Richtung hin zu positiver Mitarbeit bereit sein. Ganz besonderes Interesse haben wir an der Regelung des Transferproblems, die auf der Konferenz eine große Rolle spielen wird. Allerdings steht diese Frage ebenso wenig wie die Frage der interalliierten Kriegsschulden auf dem offiziellen Konferenzprogramm. Umso eingehender wird man sich „inoffiziell" mit diesen Angelegenheiten befassen müssen. Auch die Abrüstungsfrage, deren Bereinigung eine der wichtigsten Voraussetzungen für das Gelingen der Weltwirtschaftskonferenz ist, dürfte bei der großen Ministerzusammenkunft in London in den Kreis der politischen Erwägungen mit einbezogen werden.

Deutsche Boykott-Abwehr

Einfuhrsperre gegen Lettland

Nach Meldungen aus Riga haben das Zentralkomitee der lettländischen sozialdemokratischen Partei sowie ein Komitee jüdischer Organisationen den formellen Beschluß gefaßt, den allgemeinen Boykott über deutsche Erzeugnisse zu verhängen.

Die Beschlüsse dieser beiden Komitees sind in der entsprechenden lettischen Presse veröffentlicht worden; die lettische Regierung hat diese öffentliche Aufforderung zum Boykott entgegen einer früher von ihr gegebenen Zusage zugelassen.

Da die Reichsregierung nicht gewillt ist, derartige Boykotterklärungen hinzunehmen, ist angeordnet worden, daß mit Wirkung von Montag, den 12. Juni, an zunächst die Buttereinfuhr aus Lettland gesperrt wird. Es wird von der weiteren Entwicklung der Dinge abhängen, ob und welche ergänzenden Maßnahmen gegenüber dem lettischen Handel nach Deutschland angezeigt erscheinen, um den in Lettland hervorgetretenen Boykottbestrebungen wirksam entgegenzutreten.

Verhandlungen mit der Schweiz

Die Zollkommissionen des Nationalrats und des Ständerats der Schweiz stellten sich nach einer Meldung aus Bern auf den Standpunkt, daß Ländern gegenüber, die den freien Zahlungsverkehr beschränken und sich weigern, durch kurzfristige Abkommen den schweizerischen Interessen Rechnung zu tragen, nicht nur durch Beschränkung der Wareneinfuhr sondern auch durch jede andere geeignete Maßnahme, insbesondere durch Beschränkung des Zahlungsverkehrs, die schweizerischen Interessen gewahrt werden sollen.

Im Nationalrat wurde im Anschluß an die Bekanntgabe des Beschlusses der Reichsregierung betreffend Transfer-Moratorium einmütig dieser Auffassung zugestimmt, als der Vorsteher des Eidgenössischen Volkswirtschaftsrates, Bundesrat Schultheß, erklärte, daß die Schweiz versuchen werde, mit Deutschland zu einem Abkommen zu gelangen, bevor sie zu den durch die Lage gebotenen besonderen Maßnahmen greife.

Vom deutschen Standpunkt aus ist dazu zu sagen, daß in der Schweiz offenbar übersehen wird, daß der Handelsverkehr bei der in Aussicht genommenen Transferregelung von jeder Einschränkung freibleibt. Im übrigen ist Deutschland gezwungen, auf alle Gläubiger Rücksicht zu nehmen, welche Ueberlegung gerade zu der beabsichtigten Transfermaßnahme geführt hat. Wie verlautet, hat die Schweiz ihre Absicht, sofort Verhandlungen aufzunehmen, bereits mitgeteilt. Es steht zu hoffen, daß sie zu einem günstigen Ergebnis führen.

Deutschland zur 40-Stunden-Woche

Genf, 12. Juni.

Die Internationale Arbeitskonferenz beschäftigte sich mit der Frage der Einführung der 40stündigen Arbeitswoche in der Industrie. Die Arbeitgeber gaben ihrer Ansicht dahin Ausdruck, daß die Verkürzung der Arbeitszeit kein geeignetes Mittel zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit sei.

Der Vertreter der Reichsregierung, Ministerialdirektor Dr. Mansfeld, erklärte, die deutsche Delegation sei unter bestimmten Einschränkungen bereit, positiv an Verhandlungen über eine Verkürzung der Arbeitszeit mitzuwirken. Zunächst müßten jedoch die Ergebnisse der Weltwirtschaftskonferenz in ihren Grundzügen erkennbar sein. Das Ziel sei die Vergrößerung des Arbeitsvolumens.

Arbeitsbeschaffung der Reichsbahn

Die Aufträge der Reichsbahn aus dem Arbeitsbeschaffungsprogramm 1932 gehen zu Ende. Um eine drohende Verschlechterung des Arbeitsmarktes abzuwenden und darüber hinaus zu einer dringend erwünschten Belebung beizutragen, will die Reichsbahn im Anschluß an das Arbeitsbeschaffungsprogramm der Reichsregierung durch eine Kreditaufnahme für weitere Aufträge sorgen. Um bei den Lieferindustrien keine Lücke eintreten zu lassen, hat die Reichsbahn beschlossen, Ueberbrückungsbestellungen in Höhe von 50 Millionen Mark hinauszugeben, die auf das demnächst in Kraft tretende Arbeitsbeschaffungsprogramm angerechnet werden.

Keine Zeitungskommissare

Das Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda macht darauf aufmerksam, daß laut amtlicher Anweisung für kommissarische Betätigung bei Zeitungen und für sonstige Aktionen behördlicher Stellen nach der Gleichschaltung des Reichsverbandes der deutschen Presse und des Vereins deutscher Zeitungsverleger grundsätzlich kein Raum mehr ist. Diese amtlichen Anweisungen sind unter allen Umständen strikte innezuhalten. Sollten Abweichungen von dieser grundsätzlichen Verfügung — im Einzelfalle die Einsetzung eines Kommissars — erforderlich sein, so ist dem ersten Vorsitzenden des Reichsverbandes der deutschen Presse, Reichspressechef der NSDAP. Dr. Dietrich, jeweils rechtzeitig Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben.

Spahns Eintritt in die NSDAP

Schreiben an Dr. von Winterfeldt.

Der Kölner Historiker Professor Dr. Spahn, der gleichzeitig mit den Führern des Kampfringes in Westdeutschland, Dr. Giseviusund Fluume, seinen Austritt aus der Deutschnationalen Front erklärt und sich der NSDAP. angeschlossen hat, begründet seinen Schritt in einem längeren Brief an den stellvertretenden Führer der Deutschnationalen Front, Dr. von Winterfeldt.

Es sei Pflicht der anderen, die mit Adolf Hitler die Bewegung der nationalen Erneuerung entfesselten, diese Führerschaft nunmehr eindeutig anzuerkennen, wenn wir nicht in chinesische Zustände geraten wollen.

„Hugenberg", so heißt es in dem Schreiben dann weiter, „begründet den Fortbestand der Partei zur Zeit nur noch damit, daß er sie als Rückenstütze nicht entbehren könne. Alle Aufgaben-Bereiche der Wirtschaftspolitik liegen ganz oder so gut wie ganz brach. Die Partei ist nur noch bemüht, sich äußerlich einen Auftrieb zu geben. Die Partei wird infolgedessen draußen im Lande zum Selbstzweck und spielt mit dem Gedanken, in Deutschland eine oppositionelle Bewegung gegen Hitler ins Leben zu rufen, während Hitler den ganzen Gegendruck des Auslandes gegen den von uns mit vorbereiteten und mit zu verantwortenden Umschwung der Innenpolitik auszuhalten hat, und mit dem Hervortreten des Gegensatzes zwischen Reich und Oesterreich menschlichem Ermessen nach die Stunde schlägt, in der sich das Bismarcksche Reich vor der Weltgeschichte zu bewähren hat, entweder von uns vollendet werden, oder aber als Trümmerhaufen in sich zusammensinken wird.

Noch bei der letzten Einberufung des Reichstages habe ich Hugenberg die Anregung gegeben, nach der außenpolitischen Rede Hitlers sich unter die Führung des Kanzlers zu stellen und dann im Einvernehmen mit ihm die in der DNVP. geschlossenen Kräfte umzuordnen und Zug um Zug im neuen Staat dort einzusetzen, wo sie wirken können. Hugenberg hat meine Anregung erörterungslos abgelehnt. Damit war für mich, wie ich sogleich in der Fraktionssitzung nach der Rede Hitlers erklärte, die Entscheidung gefallen, und ich behielt mir nur noch den Augenblick vor, wann ich vor meinen Wählern diese Entscheidung erklären und begründen würde."

Von nationalsozialistischer Seite liegt eine Mitteilung der Nationalsozialistischen Korrespondenz vor, in der es u. a. heißt:

Im Zuge der großen Revolution sind alle die Voraussetzungen der inneren Zersplitterung, auf denen die alte Parteienwelt letzten Endes fußte, zusammengebrochen. An ihre Stelle tritt die großartige Verwirklichung der nationalsozialistischen Volksgemeinschaft, der der vierzehnjährige Kampf und die beispiellosen Opfer unserer Bewegung gegolten haben.

Hirtenbrief der deutschen Bischöfe

Bekenntnis zur neuen Staatsautorität.

Essen, 12. Juni.

Die deutschen Bischöfe haben einen gemeinsamen Hirtenbrief erlassen, in dem sie ein Bekenntnis zur neuen Staatsautorität ablegen. Gerade weil, heißt es in dem Hirtenbrief, die Autorität in der katholischen Kirche ganz besonders zur Geltung komme, falle es den Katholiken keineswegs schwer, die neue starke Betonung der Autorität im neuen deutschen Staatswesen zu würdigen und sich ihr zu unterwerfen. Man dürfe andererseits aber erwarten, daß die Staatsautorität die menschliche Freiheit nicht mehr beschneide, als es das Gesamtwohl verlange.

Der Hirtenbrief begrüßt die außenpolitischen Ziele der Reichsführung und verlangt von den Siegernationen Gerechtigkeit. Weiter wird in dem Schreiben ausgeführt, eine Volksgemeinschaft lasse sich nicht nur durch Blutsgleichheit, sondern auch durch Gesinnungsgleichheit vermirklichen. Eine ausschließliche Betonung der Rasse und des Blutes führe zu Ungerechtigkeiten. Zum Schluß wird nochmals betont, daß die Kräfte der Kirche um keinen Preis dem Staat entzogen werden sollen.

Neuordnung der Krankenkassen

Die Reinigung der Ortskrankenkassen von marxistischen Einflüssen ist im wesentlichen beendet. Die Ortskrankenkassen und ihre Verbände, die in den vergangenen 14 Jahren zu Stützpunkten des Marxismus geworden waren, sind ein für allemal entpolitisiert. Die Ortskrankenkassen sind nunmehr zusammengefaßt in dem Reichsverband der Ortskrankenkassen.

Bei den berufsständischen Krankenkassen, den Land-, Innungs- und Betriebskrankenkassen waren erfreulicherweise Mißstände nur in seltenen Fällen festzustellen; die genannten Kassenarten sind im allgemeinen korruptionsfrei gewesen. Um die berufsständische Neuordnung der Krankenversicherung in jeder Beziehung zu fördern, ist eine Arbeitsgemeinschaft der Krankenkassenspitzenverbände gegründet worden. Die versicherte Bevölkerung kann nunmehr wieder Vertrauen zu der reichsgesetzlichen Krankenversicherung haben.